



Alles Wichtige zum Fiskalpakt



Autor : Jean-Dominique
Giuliani

Am 2. März 2012 haben 25 Mitgliedsländer der Europäischen Union (alle bis auf Großbritannien und Tschechien) den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (bekannt als "Fiskalpakt") unterzeichnet. Bis zum heutigen Tag wurde er von 13 Ländern ratifiziert (darunter 9 Staaten der Eurozone). Der Fiskalpakt tritt in Kraft, sobald 12 Staaten der Eurozone (von insgesamt 17) ihn ratifiziert haben. Er soll nach dem Willen der unterzeichnenden Staaten am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht einen Text ihres Präsidenten, Jean-Dominique Giuliani, zum besseren Verständnis des Fiskalpakts. Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung drei Begleittexte: Eine Analyse zum Thema "Schuldenbremse" (Definition, Ziele, Konsequenzen), verfasst von Sébastien Richard, wie auch einen Erklärungstext und eine Ratifizierungstabelle zum Fiskalpakt.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Atlas/Eu - Frankreich/Deutschland **Wahlen** : Ukraine
Finanzkrise : Vertrauen/Wirtschaft - ESM - Transaktionen - Spanien - Frankreich - Griechenland - Italien - Portugal **Kommission** : Verkehr - Boeing - Cloud-Computing - Kultur - Gesundheit **Parlament** : Banken - Finanzen **Rat** : Haushalt - Landwirtschaft/Fischerei - Verteidigung **Gerichtshof** : Asyl
Deutschland : Börsenhandel - Helmut Kohl - SPD **Spanien** : Hilfe/Banken - Haushalt 2013 **Frankreich** : Haushalt 2013 **Luxemburg** : EU/Russland
Verteidigung : EADS/BAE **Europarat** : Ukraine **UNO** : Vollversammlung
Eurostat : Inflation - Arbeitslosigkeit **Eurobarometer** : Raumfahrt
Berichte/Studien : Beschäftigung - Konflikte - Eurozone
Kultur : Ausstellung/Karlsruhe - Ausstellung/Amsterdam - Ausstellung/Antwerpen - Klimt/Wien - Ausstellung/Rom

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Bestellen Sie den Atlas der Stiftung mit allen wichtigen Informationen zu Europa



Die Robert Schuman Stiftung hat einen "Atlas permanent de l'Union européenne" veröffentlicht, herausgegeben von Jean-Dominique Giuliani und Pascale Joannin, Präsident und Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung. Dies ist der erste Atlas zu Europa, der nicht nur die 27 Mitgliedsländer vorstellt, sondern auch die Europäische

Union und die Eurozone. Bestellen Sie den Atlas über die Internetseite der Stiftung...
[Fortsetzung](#)

Frankreich, Deutschland und Sie?



Am 22. Januar 2013 werden wir den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elyseevertrags feiern. Aus diesem Anlass sollen Franzosen und Deutsche sich dazu äußern können, wie sie persönlich die Beziehungen zwischen beiden Ländern erleben und empfinden. Hierfür haben die Sendergruppen Radio France, Deutschlandradio, ARD, Saarländischer Rundfunk und Arte gemeinsam eine große Umfrageaktion gestartet, die von der Robert Schuman Stiftung und anderen Stiftungen unterstützt wird. Machen Sie mit und sagen Sie uns, wie Sie die deutsch-französischen Beziehungen erleben und einschätzen!.. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wahlen :

Analyse der Parlamentswahlen in der Ukraine einen Monat vor dem Wahltermin



Am 28. Oktober 2012 sind die Ukrainer zur Wahl der 450 Mitglieder ihres Parlaments, der Werchowna Rada (Oberster Rat), aufgerufen, die für 5 Jahre gewählt werden: 225 Abgeordnete werden über Listen mit Mehrheitswahl gewählt, 225 über Verhältniswahl. Es gibt eine 5%-Klausel, um in das Parlament einziehen zu können. 5771 Personen stellen sich offiziell zur Wahl, 2644 hiervon in den Wahlkreisen, in denen nach Verhältniswahl gewählt wird und 3127 Kandidaten, die über Mehrheitswahl gewählt werden. Der Wahlkampf ist überschattet von der Inhaftierung der ehemaligen Premierministerin Julia Timoschenko, die nicht für die Wahl kandidieren darf...
[Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Vertrauensindex in Europäischer Union gesunken



Der Vertrauensindex der Verbraucher und Unternehmenschefs in der Europäischen Union ist im September 2012 zum 7. Mal in Folge gesunken, nunmehr auf 85 Punkte (-1,1 in der Eurozone im Vergleich zu August 2012). Das Vertrauen in die positive Wirtschaftsentwicklung ist insbesondere bei Verbrauchern stark zurück gegangen. Lediglich im Bausektor gab es einen Aufwärtstrend (+1,2%). Eine Verschlechterung gab es insbesondere in Frankreich, den Niederlanden und in Deutschland; nur in Spanien ist der Vertrauensindex gestiegen (+1,3%). Bezogen auf die gesamte Europäische Union sank der Vertrauensindex um 0,9 Punkte... [Fortsetzung](#)

ESM tritt in Kraft



Am 27. September 2012 gab der Präsident der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, bekannt, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nunmehr in Kraft treten wird. Deutschland hat die Ratifizierung abgeschlossen und Estland wird innerhalb der nächsten Tage ratifizieren, wodurch der Ratifizierungsprozess in sämtlichen 17 Staaten der Eurozone abgeschlossen sein wird. Juncker kündigte an, dass der Gouverneursrat des ESM am 8. Oktober 2012 tagen wird. Die Leitung wird Klaus Regling übernehmen, der aktuell die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) leitet... [Fortsetzung](#)

Finanztransaktionssteuer: Vorschlag von Deutschland und Frankreich



Am 28. September 2012 haben Deutschland und Frankreich die Europäische Kommission in einem gemeinsamen Schreiben aufgefordert, einen Vorschlag zur Einführung der Finanztransaktionssteuer im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit zu unterbreiten. Hierfür müssen sich mindestens 9 Länder der EU beteiligen. Berlin und Paris rufen die übrigen EU-Länder auf, sich an dem Projekt zu beteiligen. Italien, Spanien und Österreich stehen einer Finanztransaktionssteuer positiv gegenüber... [Fortsetzung](#)

Spanien: Weiterer Rückgang des BIP im 3. Quartal



Die Zentralbank Spaniens gab am 26. September 2012 in ihrem monatlichen Wirtschaftsbericht bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Spaniens auch im 3. Quartal "bedeutend" zurückgegangen ist. Die Staatssekretärin für Haushaltsfragen, Marta Fernandez Currás, gab am 25. September 2012 bekannt, dass sich das spanische Defizit für die ersten 8 Monate des Jahres 2012 auf 50,13 Milliarden Euro beläuft, damit beträgt das Defizit 4,77% des BIP. Nach Currás Einschätzung kann das Defizitziel in Höhe von maximal 4,5% dennoch eingehalten werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Drei Millionen Arbeitslose in Frankreich



Am 26. September 2012 gaben die französische Arbeitsagentur "Pôle emploi" und das Institut DARES die Arbeitslosenzahlen für den Monat August 2012 bekannt. Der erneute Anstieg bestätigt die Tendenz der zurückliegenden 16 Monate: +0,8% mehr Arbeitslose in der Kategorie A (damit 23900 Arbeitssuchende ohne zusätzliche Beschäftigung) und +0,9% Arbeitslose der Kategorie A, B und C zusammen genommen. Die Schwelle von 3 Millionen Arbeitslosen in Frankreich (ohne Überseegebiete) ist überschritten. Unter Einbeziehung der Kurzarbeiter gibt es es bereits 4,46 Millionen Arbeitslose (+40 800)... [Fortsetzung](#)

Einigung der Regierungskoalition über neue Sparmaßnahmen



Der griechische Finanzminister Yannis Stournaras gab am 27. September 2012 bekannt, dass sich die drei Koalitionsparteien der Regierung über die "Hauptpunkte" der neuen Sparmaßnahmen, die von der Troika (bestehend aus EU, EZB und IWF) gefordert werden, geeinigt hätten. Insgesamt werden von Athen weitere Einsparungen im Umfang von 11,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2013-2014 verlangt.

Vertreter der Troika werden nach Griechenland reisen, wo ihnen am 1. Oktober 2012 der Inhalt der Einigung zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Ebenso am 1. Oktober 2012 wird dem Parlament der vorläufige Haushalt 2013 präsentiert werden, der für nächstes Jahr von einer anhaltenden Rezession (bereits das 6. Jahr in Folge) ausgeht, mit einem voraussichtlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 4%... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

OECD fordert Italien zur Fortführung der Reformen auf



In einem Bericht, den die OECD am 24. September 2012 veröffentlichte, begrüßt die Organisation die Wirtschaftsreformen, die Italien in die Wege geleitet hat. Diese könnten nach Meinung der OECD das BIP Italiens innerhalb der nächsten 10 Jahre um 4% steigen lassen. Die OECD fordert Italien zur Fortführung der Reformen auf, um die positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum zu vergrößern. Insbesondere solle Italien seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Die OECD gibt hierzu drei Empfehlungen: Erhöhung der Produktivität, Verknüpfung von Gehaltserhöhungen mit einer Steigerung der Produktivität und eine Absenkung der Steuern- und Abgaben, die auf die Löhne erhoben werden. Die OECD fordert Italien darüber hinaus zu einer schnellen Umsetzung der Arbeitsmarktreformen auf, um die schwächsten Glieder gegen die Auswirkungen der Rezession zu schützen... [Fortsetzung](#)

Regierung Portugals erwägt Steuererhöhungen für 2013



Am 26. September 2012 beriet die portugiesische Regierung über neue Steuererhöhungen für 2013. Nach Mitteilung der Regierung haben die Beratungen über den Haushalt 2013 begonnen, der Haushaltsentwurf soll am 15. Oktober 2012 dem Parlament vorgestellt werden. Die Steuererhöhungen sollen statt der am 7. September 2012 zunächst angekündigten Erhöhung der Sozialabgaben beschlossen werden, deren Ankündigung zu großen Demonstrationen und Protestkundgebungen führte. Das Defizit Portugals betrug im ersten Halbjahr 2012 6,8% des BIP, es soll bis Ende des Jahres auf 5% gesenkt werden, wie das nationale Statistikinstitut INE am 28. September 2012 bestätigte. Portugal erhält finanzielle Unterstützung durch die EU und durch den IWF... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

EU-Kommission gegen unlauteren Wettbewerb im Luftverkehr



Am 27. September 2012 gab die Kommission in einer Mitteilung bekannt, dass sie mit "wirksamen" Mitteln den europäischen Luftverkehr gegen unlautere Wettbewerbsmethoden der Schwellenländer schützen wolle. Der unlautere Wettbewerb basiert laut Kommissionsbericht auf öffentlichen Subventionen, fehlender Transparenz über die Finanzierung der Unternehmen und diskriminierenden Regelungen zum Nachteil europäischer Unternehmen... [Fortsetzung](#)

EU unzufrieden mit amerikanischem Vorgehen bezüglich Boeing



Am 25. September 2012 gab die Europäische Kommission bekannt, dass sie die USA um Konsultation gebeten habe bezüglich Boeing. Die Kommission ist unzufrieden mit den Maßnahmen, die die USA aufgrund der Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) in die Wege geleitet hat in Bezug auf unzulässige Subventionen zugunsten Boeings. Die Kommission kritisiert insbesondere fehlende Informationen von Seiten der USA, so dass die Kommission davon ausgehen muss, dass weiterhin Subventionen an Boeing fließen und dass nichts unternommen wurde, um die Subventionen in der Vergangenheit auszugleichen. EU und USA haben nunmehr 15 Tage Zeit, um den Streit bilateral zu lösen... [Fortsetzung](#)

Mehr Produktivität durch Cloud-Computing



Am 27. September 2012 gab die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung bekannt, dass sie eine neue Strategie zum Cloud-Computing entwickelt hat, durch die die Produktivität der europäischen Unternehmen und Verwaltungen erhöht werden soll. Bis 2020 soll einen Nettonutzen in einer Größenordnung von 2,5 Millionen erzielt werden durch neue Arbeitsplätze in Europa und einer jährlichen Steigerung des BIP der EU in Höhe von 160 Milliarden EUR (ca. 1 %). Unter "Cloud-Computing" versteht man die Speicherung von Daten (z. B. Textdateien, Bilder und Videos) und Software auf entfernten Computern, auf die der Benutzer dann über das Internet mit dem Gerät seiner Wahl zugreifen kann. Das ist schneller, billiger, flexibler und potenziell auch sicherer als vor Ort installierte IT-Lösungen... [Fortsetzung](#)

EU-Kommission fördert Kultur- und Kreativwirtschaft



Am 26. September 2012 veröffentlichte die EU-Kommission ihre neue Strategie zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft, die 3,3% des europäischen BIP und 6,7 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union ausmacht. Die Kommission möchte mit Hilfe ihrer neuen Strategie diesen Wirtschaftszweig wettbewerbsfähiger machen. Nach Meinung der Kommission wird eine Stärkung des Kultursektors positive Auswirkungen haben auf die Bereiche Bildung, Industrie, Tourismus und Stadtentwicklung. Mit Hilfe des Programms "Kreatives Europa" mit einer Mittelausstattung in Höhe von 1,8 Milliarden Euro aus Kohäsionsfonds soll die Strategie im Zeitraum 2014-2020 erfolgreich umgesetzt werden... [Fortsetzung](#)

Sicherere, wirksamere und innovativere Medizinprodukte



Am 26. September 2012 stellte die Europäische Kommission ihre Vorschläge vor, durch die Medizinprodukte sicherer und wirksamer werden sollen. Die Kommission will die Rolle unabhängiger Prüfinstitute stärken und gleichzeitig die Kontrolle durch nationale Aufsichtsbehörden. Die Kommission hält eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene für notwendig. Die Verantwortlichkeit von Herstellern und Zwischenhändlern müsse ausgebaut werden, wie auch die Rückverfolgbarkeit der Produkte. Die neuen Regelungen sollen die Sicherheit der Patienten erhöhen, wie auch Angehörigen der Gesundheitsberufe und den Herstellern nützen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Parlamentsdebatte über einheitliche europäische Bankenaufsicht



Am 26. September 2012 wurde den europäischen Abgeordneten der Vorschlag der Europäischen Kommission von Mitte September zur einheitlichen europäischen Bankenaufsicht vorgestellt. Die Abgeordneten betonten, dass der Zeitplan der Kommission unrealistisch sei (die neue Bankenaufsicht soll nach den Vorstellungen der Kommission im Januar 2013 in Kraft treten) und dass die Verlagerung auf europäische Ebene "ausgeglichen" sein müsse. Das Parlament forderte umfangreiche Rechte, wie das Recht auf Anhörungen, Untersuchungen, Ernennung des Vorsitzenden und Festlegung des Haushalts. Einige Abgeordnete sehen das größte Risiko in einer Aufspaltung des einheitlichen europäischen Marktes durch unterschiedliche Regelungen der Mitgliedsländer zur Bankenaufsicht, falls nur manche Länder sich dem einheitlichen System anschließen werden und andere nicht... [Fortsetzung](#)

Für eine Regulierung der Finanzmärkte und der Spekulation



Der Wirtschafts- und Finanzausschuss des europäischen Parlaments hat einstimmig Änderungen der Richtlinien zur Regelung der Finanzmärkte beschlossen (MIFID und MIFIR). Die Änderungen betreffen unter anderem den Verkauf von Finanzprodukten wie auch den Derivatehandel und sollen für einheitliche Regelungen in der EU sorgen. Interessenkonflikte zwischen den handelnden Institutionen und den verkauften Produkten sollen ausgeschlossen werden. Beim Hochfrequenzhandel stimmten die Ausschussmitglieder für eine Minimalhaltezeit und die Verpflichtung zu Aussetzung des Handels, falls Märkte unter Druck stehen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Ergebnisse des Ratstreffens "Allgemeine Angelegenheiten"



Am 24. September 2012 diskutierten die 27 Europaminister der EU über den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020). Sie erklärten übereinstimmend ihre Zufriedenheit mit dem diesjährigen europäischen Semester, das schwerpunktmäßig den Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsländer gewidmet war. Der Rat möchte eine gemeinsame Strategie zur Romaproblematik verabschieden. Darüber hinaus wurde eine bessere Regelung und neue Finanzierungsregeln für die europäischen Parteien diskutiert. Die Minister einigten sich darüber hinaus auf neue Restriktionen gegen das syrische Regime und sie autorisierten die Kommission, mit den Mitgliedsländern der EU, Drittländern und diversen internationalen Organisationen Verhandlungen aufzunehmen zur Umsetzung der Einigung mit Kroatien über den sofortigen Beitritt des Landes zur EU... [Fortsetzung](#)

Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und der gemeinsamen Fischereipolitik



Am 24. September 2012 diskutierten die 27 Landwirtschaftsminister der EU über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage, wie die ländliche Entwicklung gestärkt werden kann. Darüber hinaus wurde über einen Vorschlag gesprochen, der die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Landwirtschaftsprodukte vorsieht. Bezüglich der Fischerei sprachen die Minister über den geplanten Fonds für maritime Angelegenheiten und Fischerei, wobei sie betonten, dass die Verfahren vereinfacht werden müssen und dass die Flotte modernisiert werden muss. Die Minister kritisierten das von der Kommission vor kurzem unterzeichnete Abkommen mit Mauritien, wie auch die exzessiven Fangquoten von Makrelen, die einseitig von Island festgelegt worden sind... [Fortsetzung](#)

Informelles Treffen der 27 Verteidigungsminister



Am 27. September 2012 äußerten sich die 27 EU-Verteidigungsminister auf ihrem zweitägigen informellen Treffen in Zypern zufrieden mit den Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Sie sprachen über die Situation in Syrien und in Mali, wobei zur Zeit eine militärische Intervention ausgeschlossen wird. Darüber hinaus diskutierten die Minister Möglichkeiten der

Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung mit dem Ziel der Entwicklung militärischer Ressourcen. Sie begrüßten den Vorschlag der Europäischen Verteidigungsagentur einen freiwilligen Verhaltenskodex der Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung zu entwickeln und betonten die Notwendigkeit, diesen Prozess auf lange Sicht systematischer und nachhaltiger zu gestalten... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Verpflichtungen der EU-Staaten gegenüber Asylbewerbern



Am 27. September 2012 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die Länder der Europäischen Union gegenüber Asylbewerbern Mindestanforderungen erfüllen müssen, so dass diesen ein Leben in Würde ermöglicht wird. Diese Anforderungen gelten selbst dann, wenn der Staat die Absicht hat, den Asylbewerber in ein anderes EU-Land weiter zu schicken, entsprechend den europarechtlichen Vorgaben. Dem Urteil liegt ein Streit zwischen Frankreich und zwei französischen Flüchtlingshilfsorganisationen zugrunde namens Cimade und Gisti... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Deutschland reguliert Hochfrequenzhandel



Am 26. September 2012 verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf, der den Hochfrequenzhandel an den Börsen regulieren soll. Dieser wird als mitursächlich angesehen für nervöse Märkte und starke Spekulation. Der Entwurf soll Ende des Jahres im Bundestag vorgestellt und im Februar 2013 verabschiedet werden. Deutschland hofft, durch seine Vorreiterrolle andere europäische Länder ebenso zu einer Regulierung zu motivieren... [Fortsetzung](#)

Angela Merkel ehrt Helmut Kohl



Anlässlich des Beginns der Kanzlerschaft Helmut Kohls vor 30 Jahren ehrte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren Amtsvorgänger auf einem Festakt in Berlin als Kanzler der Einheit und als großen Europäer. Die Bundeskanzlerin betonte: "Wir sind zum Glück als Europäer vereint, was wir zu einem großen Teil Helmut Kohl verdanken". Helmut Kohl, 82 Jahre alt, äußerte sich in seiner kurzen Rede vor allem zu Europa. Er betonte, dass es in Europa nie wieder Krieg geben dürfe und dass die europäische Einigung weiter vorangebracht werden müsse. Helmut Kohls Kanzlerschaft begann am 1. Oktober 1982 und dauerte 16 Jahre. In dieser Zeit wurde Deutschland wiedervereint und es wurde Mitglied der Eurozone. Helmut Kohl wurde 1998 zum Ehrenbürger der Europäischen Union ernannt... [Fortsetzung](#)

SPD erklärt Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten



Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück soll Kanzlerkandidat der SPD werden und bei den Bundestagswahlen im Herbst 2013 gegen Angela Merkel antreten, wie der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel am 28. September 2012 bekannt gab. Peer Steinbrück ist Ökonom und wird dem rechten Flügel der Partei zugerechnet. Er war während der großen Koalition aus SPD und CDU von 2005-2009 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel Bundesfinanzminister... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Spanische Banken könnten Eurozone um Unterstützung in Höhe von 40 Milliarden Euro bitten



Nach Schätzungen Spaniens vom 28. September 2012 könnten die spanischen Banken Unterstützung in Höhe von 40 Milliarden Euro von der Eurozone erbitten. Entsprechende Untersuchungen, die von dem amerikanischen Büro Oliver Wyman geleitet wurden, gehen von benötigten Hilfszahlungen in Höhe von 59,3 Milliarden Euro aus. Diese Summe kann auf 53,7 Milliarden Euro sinken, wenn aktuelle Fusionsprozesse und Steuereffekte berücksichtigt werden. Die Eurozone soll jedoch nur einen geringeren Beitrag an Hilfszahlungen leisten, der restliche Betrag könne auf anderem Weg bereit

gestellt werden. Der Wirtschaftsstaatssekretär Fernando Jiménez Latorre sagte auf einer Pressekonferenz, dass über eine Zahl in Höhe von ungefähr 40 Milliarden Euro gesprochen würde... [Fortsetzung](#)

Sparhaushalt 2013 und neue Reformpläne



Am 27. September 2012 stimmte die spanische Regierung im Ministerrat für einen Sparhaushalt 2013, durch den 39 Milliarden Euro Einsparungen erreicht werden sollen, um das Haushaltsdefizit zu senken (von 8,9% des BIP in 2011 auf 4,5% in 2013). Bis Ende 2012 wird die Verschuldungsquote Spaniens auf 85,3% des BIP steigen, 2013 sogar auf 90,5% des BIP, entsprechend des Haushaltsentwurfs, der am 29. September 2012 dem Parlament präsentiert wurde. Die spanische Regierung stimmte darüber hinaus für die Schaffung einer neuen unabhängigen Haushaltskontrollbehörde, zur Überwachung der Finanzen. Der spanische Haushaltsminister Christobal Montoro gab bekannt, dass er nach wie vor von einem Rückgang des BIP um 0,5% im Jahr 2013 ausgeht. Das öffentliche Defizit für 2011 müsse von 8,96% des BIP auf 9,44% des BIP korrigiert werden, 2012 würde es 7,4% betragen, statt der zunächst gegenüber den europäischen Partnern zugesagten 6,3%... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Frankreich: Haushaltsentwurf 2013



Am 28. September 2012 stellte der französische Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici im Ministerrat den Haushaltsentwurf 2013 und die Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2017 vor. Die Planungen basieren auf einer Wachstumsprognose in Höhe von 0,8% für 2013. Der Sparhaushalt sieht Steuererhöhungen im Umfang von 20 Milliarden Euro vor (für private Haushalte und Unternehmen) und Einsparungen im Umfang von 10 Milliarden Euro, um das Haushaltsdefizit von 4,5% des BIP auf 3% des BIP Ende 2013 abzusinken. Der Haushalt für Soziale Sicherheit wurde am 1. Oktober 2012 vorgestellt - hier wird für dieses Jahr ein Defizit in Höhe von 13 Milliarden Euro prognostiziert, 2013 soll das Defizit auf 11 Milliarden Euro sinken. Die Regierung hat entschieden, die Abgaben auf zu versteuernde Renten im Jahr 2013 um 0,15% zu erhöhen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Luxemburg :

Jean-Claude Juncker fordert Russland und EU zu verstärkter Zusammenarbeit auf



Am 25. September 2012 forderte der Vorsitzende der Eurogruppe und Premierminister Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, den russischen Präsidenten Vladimir Putin bei einem Treffen in Russland zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union auf, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten. Russland hatte sehr heftig auf Untersuchungen der EU gegen Gazprom reagiert. Dem russischen Energieunternehmen wird wettbewerbswidriges Verhalten in mehreren zentral- und osteuropäischen Ländern vorgeworfen, die stark von russischen Gaslieferungen abhängig sind. Am 25. September 2012 gab das Europäische Parlament bekannt, dass die drei Sängerinnen der Gruppe Pussy Riot sich unter den fünf für den Sakharov-Preis für Meinungsfreiheit nominierten Personen befinden. Die Sängerinnen sind zu zwei Jahren Haft verurteilt worden wegen eines Anti-Putin-Auftritts in einer Kirche in Moskau... [Fortsetzung](#)

Verteidigung :

Gastbeitrag der Vorsitzenden von EADS und BAE



In einem gemeinsamen Gastbeitrag, der in Le Monde und in der Süddeutschen erschien, werben Ian King, Vorsitzender von BAE und Tom Enders, Vorsitzender von EADS, für die Fusion der beiden europäischen Großunternehmen. Die Hauptargumente für eine Fusion sind der Aufbau einer internationalen Basis und die Vergrößerung des Kundenstamms. Durch Einsparungen könnte verstärkt in Forschung und Entwicklung investiert werden. Auf Aktionärsenebene sollen alle Aktionäre die gleichen Rechte erhalten. Die Zustimmung der betroffenen Regierungen ist für die Fusion unerlässlich, zur Zeit gibt es überwiegend skeptische Meinungen... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Wahlen in der Ukraine unter Beobachtung des Europarates



Eine aus 7 Personen bestehende Wahlprüfkommission der parlamentarischen Versammlung des Europartes reiste am 20. und 21. September 2012 nach Kiew, wo sie Maßnahmen in die Wege leitete, damit die ukrainischen Wähler am 28. Oktober 2012 möglichst in den Genuss freier und gleicher Wahlen kommen können, zu denen sich die Ukraine gegenüber dem Europarat verpflichtet hat. Die Kommission forderte insbesondere eine Stärkung des Pluralismus in den Medien. Darüber hinaus äußerte die Kommission ihre Besorgnis angesichts der anhaltenden Inhaftierung der Oppositionsmitglieder, Julia Timoschenko und Juri Lutsenko... [Fortsetzung](#)

UNO :

67. UN-Vollversammlung



Vom 25. September bis zum 1. Oktober 2012 tagte die 67. UN-Vollversammlung in New York unter Leitung des serbischen Vorsitzenden Vuk Jeremic. Die Vollversammlung soll die friedliche Lösung internationaler Konflikte voranbringen. Die größten Konfliktherde stellen aktuell Syrien, Afrika - hier insbesondere die Sahelzone und die kongolesische Provinz Nord-Kivu, die arabischen Revolutionen und die Stabilisierung der Demokratie in den betroffenen Ländern dar, wie auch der Konflikt zwischen Israel und Palästina und die Spannungen aufgrund des iranischen Atomprogramms. Darüber hinaus wurde über den Kampf gegen den Drogenhandel in Lateinamerika gesprochen, über die Herausforderung nachhaltiger Entwicklung, über die Nöte kleiner Inselstaaten, wie auch über Fragen der internationalen Sicherheit... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Inflation in der Eurozone bei 2,7%



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 28. September 2012 veröffentlichte, lag die Inflation in der Eurozone im September 2012 bei 2,7%, gegenüber 2,6% im Vormonat. Hauptgründe sind der Anstieg der Energiekosten und der Preise für Nahrungsmittel... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosigkeit in der Eurozone bei 11,4%



Eurostat gab am 1. Oktober 2012 bekannt, dass die Arbeitslosenquote in der Eurozone im August 2012 im Vergleich zum Vormonat mit 11,4% stabil geblieben ist. Es handelt sich um einen Rekordwert. 18,199 Millionen Menschen waren im August 2012 in der Eurozone arbeitslos, 34.000 mehr als einen Monat zuvor... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Raumfahrtaktivitäten der EU erfreuen sich zunehmender Bekanntheit



Nach einer Studie, deren Ergebnisse Eurobarometer am 25. September 2012 veröffentlichte, sind die Raumfahrtaktivitäten der EU zunehmend bekannt und immer mehr europäische Bürger sind von ihrer Nützlichkeit überzeugt. 57% der Befragten kennen Galileo und 38% der Befragten GMES (Global Monitoring for Environment and Security). Drei Viertel der Befragten gaben an, dass die Raumfahrtaktivitäten der EU positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und auf Wachstum und Beschäftigung haben könnten. Ebenso viele befürworteten die Entwicklung von Anwendungen, die der Klimaüberwachung dienen, wie auch dem Kampf gegen die Auswirkungen der Krise, für Umweltschutz und für den Verkehr. Viele der Befragten zeigten sich beunruhigt über die Zunahme von Weltraumschrott... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Berichte/Studien :

Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung während der Krise

Das französische Institut "Centre d'analyse stratégique (CAS)" hat



soeben eine Studie veröffentlicht über die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt. In der Studie werden die Entwicklungen in drei Branchen in acht großen Industrieländern verglichen (Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Dänemark, Schweden und die USA). Bei den Branchen handelt es sich um den Handelssektor (ausgenommen Landwirtschaft), um das produzierende Gewerbe und um die Bauwirtschaft. Es werden die unterschiedlichen Anpassungseffekte in den verschiedenen Branchen in den einzelnen Ländern aufgezeigt und verglichen... [Fortsetzung](#)

EU und Konfliktmanagement



Das Finnish Institute for International Affairs (FIIA) hat am 27. September 2012 eine Studie veröffentlicht unter dem Titel "Towards efficient early action", die der Frage gewidmet ist, wie die Europäische Union Konflikte im Vorfeld verhindern oder andernfalls wie sie Konflikte managen kann entsprechend der Vorgaben des Lissabon-Vertrags. Der Autor erläutert die Möglichkeiten, die durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wurden, wobei er insbesondere auf die Punkte "Dialog" und "Konfliktmediation" eingeht... [Fortsetzung](#)

Bericht über wirtschaftliche Ungleichgewichte in der Eurozone und deren Ursachen und Auswirkungen



Am 28. September 2012 veröffentlichten drei Ökonomen des IWF, Ruo Chen, Gian-Maria Milesi-Ferretti und Thierry Tresselt, einen Bericht über die Ungleichgewichte in der Eurozone, in dem die Autoren analysieren, zu welchem Teil diese auf internen oder externen Faktoren beruhen und wie sie sich in der Vergangenheit ausgewirkt haben. Nach Meinung der Autoren liegen im Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit im Export in einigen Ländern der Eurozone wie auch in der asymmetrischen Handelsentwicklung starke Ursachen für die Ungleichgewichte in der Handelsbilanz, insbesondere im Handel mit China, den osteuropäischen Ländern und den Ölstaaten... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Camille Corot: Natur und Traum



Die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe zeigt bis zum 6. Januar 2013 eine Ausstellung, die dem französischen Künstler Camille Corot (1796-1875) gewidmet ist. Anhand der 180 Ausstellungsstücke können die Besucher die Vielfalt des künstlerischen Werkes nachvollziehen - von lichthaltigen Freilichtstudien zu lyrischen Landschaften und großformatigen Dekorationen, von empfindsamen Porträts zu rätselvollen Fantasiefiguren. Innerhalb der zeitgenössischen Strömungen von Klassizismus, Romantik und Realismus entwickelte Corot eine eigenständige Bildsprache, die wegweisend für nachfolgende Künstlergenerationen werden sollte. Neben Werken aus dem eigenen Sammlungsbestand sind über 170 internationale Leihgaben u.a. aus dem Louvre, dem Metropolitan Museum in New York, den Uffizien in Florenz und der National Gallery in London zu sehen... [Fortsetzung](#)

Temporäre Ausstellung des Van Gogh Museums in der Hermitage



Wegen Bauarbeiten werden die Werke des Van Gogh Museums in Amsterdam für 7 Monate vom 29. September 2012 bis zum 25. April 2013 in der Hermitage ausgestellt. Insgesamt können 75 Gemälde, wie auch Briefe, Objekte und Zeichnungen Van Goghs besichtigt werden... [Fortsetzung](#)

Die Seele des Meisters. Antwerpener Zeichnungen von Rubens bis Panamarenko.

Das Museum Plantin-Moretus in Antwerpen präsentiert in einer Ausstellung Werke des belgischen Künstlers P.P. Rubens (1577-1640), der vor allem für seine Portraits bekannt ist. Die Ausstellung umfasst bekannte und weniger bekannte Skizzen und Zeichnungen des Künstlers. Die Besucher können die Entwicklung der Zeichnungskunst



während der vergangenen Jahrhunderte verfolgen. Die Zeichnungen zeigen die Intimität zwischen Papier und Zeichner, die Linien sind Abbildungen der Seelenlandschaft des Künstlers. Die Ausstellung ist bis zum 16. Dezember 2012 geöffnet... [Fortsetzung](#)

Wiedereröffnung des Ateliers von Gustav Klimt



In Wien wurde das letzte Atelier von Gustav Klimt wieder für Besucher geöffnet. Es befindet sich im Erdgeschoss der Villa Ernstine Werner, auch bekannt unter "Klimt Villa". Besucher des Ateliers können einen authentischen Eindruck von Klimts letztem Arbeitsumfeld gewinnen, wo der Künstler die letzten sechs Jahre seines Lebens abgeschieden von der Öffentlichkeit arbeitete... [Fortsetzung](#)

Vermeer, das goldene Jahrhundert holländischer Malerei



Die "Scuderie del Quirinale" in Rom widmen bis zum 20. Januar dem holländischen Maler Johannes Vermeer eine Ausstellung, der der bekannteste Vertreter der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts sein dürfte. Die Ausstellung umfasst über 50 Gemälde Vermeers und zeitgenössischer Maler wie Gerard ter Borch, Gerrit Dou oder Carel Fabritius. Die Gemälde zeigen das bürgerliche Leben im 17. Jahrhundert in Holland... [Fortsetzung](#)

Agenda :



1. Oktober
Parlamentswahlen in Georgien



4. Oktober
Ratstreffen "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher"
Ljubljana
EZB-Ratssitzung



5. und 6. Oktober
Malta
EU-Mittelmeerforum (Dialog 5+5 zwischen EU und den Mittelmeernachbarländern)
Brüssel
Informelles Treffen der Bildungsminister



8. Oktober
Luxemburg
Treffen der Finanzminister der Eurozone
Nikosia
Informelles Ministertreffen über die integrierte EU-Meerespolitik

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Pierre Thibaudat ;
Audrey Gahéry, Louis Hancisse, Pierre-Yves Luminet, Gaudérique Traub, Laurène Vernet

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}